

Antragsteller: Jusos Lichtenberg

Mehr Sicherheit für BürgerInnen und Einsatzkräfte – ordentliche Fahrausbildung statt
Feuerwehrführerschein

Die LDK der Jusos Berlin

Der Buko der Jusos

Die KDV der SPD Lichtenberg

Der LPT der SPD Berlin

Der BPT der SPD

mögen beschließen:

Wir fordern alle sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, eine Erweiterung des sog. Feuerwehr-Führerscheins auf Fahrzeuge bis 7,5 t abzulehnen. Weiter fordern wir sie auf sich dafür einzusetzen, die bisherige Regelung, eine Erweiterung auf 4,75 t, rückgängig zu machen.

Wir fordern alle Landesregierungen mit SPD-Beteiligung auf, von den Möglichkeiten des „Feuerwehrführerscheins“ keinen Gebrauch zu machen.

Wir fordern alle entsprechenden staatlichen Stellen auf, ihren Einsatzkräften eine reguläre Führerscheinausbildung, um Fahrzeuge über 3,5 t zu bewegen, zu ermöglichen.

Es ist unverantwortlich die eigenen Versäumnisse auf dem Rücken der Einsatzkräfte und der Sicherheit der BürgerInnen auszubügeln.

Begründung

Problem

Den BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr stellt sich das Problem, dass immer weniger Einsatzkräfte Führerscheine „mitbringen“, die ihnen erlauben Fahrzeuge mit einem Gewicht von mehr als 3,5 bzw. 7,5 t zu führen.

Da sich das Problem in Zukunft verschärfen wird, steht zu befürchten, dass die betreffenden Organisationen die Einsatzfähigkeit nicht mehr gewährleisten können.

Bedingt wird der „Führerscheinmangel“ durch zwei Faktoren. Zum einen ist die Zahl derer, die eine Fahrerlaubnis für Fahrzeuge über 7,5 t von der Bundeswehr mitbringen rapide gesunken. Zum anderen wurde 1999 mit der neuen EU-Führerscheinrichtlinie das zulässige Gesamtgewicht bei Fahrzeugen des „normalen“ (PKW-)Führerscheins von 7,5 auf 3,5 t gesenkt. Nachvollziehbarer Grund war hier das Steigern der Verkehrssicherheit.

Die Zahl der Besitzer der „alten“ 3-er Führerscheine nimmt somit fortdauernd ab, gleichzeitig bringen die jungen, nachrückende Einsatzkräfte keine Führerscheine mehr mit, die es erlauben die Einsatzfahrzeuge mit einem Gewicht von meist über 3,5 t zu führen.

Der jetzt auftretende Führerscheinmangel war für die betroffenen Entscheidungsträger spätestens seit der Verabschiedung der EU-Führerscheinrichtlinie, mithin über 20 Jahre lang, absehbar.

Lösungsvorschlag Feuerwehr-Führerschein

Als eine Lösung wird der sogenannte Feuerwehr-Führerschein diskutiert. Hierbei wird den Einsatzkräften nach lediglich einer organisationsinternen Einweisung und Prüfung die Erlaubnis erteilt, im Einsatzfall Fahrzeuge mit einem Gewicht von über 3,5 t zu führen, obgleich ihr Führerschein dies eigentlich nicht erlaubt.

Nach momentan geltendem Recht, können die Länder durch Verordnung den Einsatzkräften das Führen von Einsatzfahrzeugen bis 4,75 t erlauben. Nach einer Bundesratsinitiative der Freistaaten Bayern und Sachsen soll diese Grenze auf 7,5 t angehoben werden.

Diese Alternative ist entschieden abzulehnen, da sie zu Lasten der Einsatzkräfte und der Sicherheit der BürgerInnen geht.

Warum der Feuerwehr-Führerschein untauglich ist

Betrachtet man die berechtigte Intension der EU-Führerscheinrichtlinie, die Förderung der Verkehrssicherheit, wird diese Ziel auf dem Rücken der Einsatzkräfte ad absurdum geführt. So sollen die Einsatzkräfte ohne staatliche Prüfung in Stresssituationen Fahrzeuge führen dürfen, die sie unter Normalbedingungen im Straßenverkehr nicht führen dürfen. Die Einsatzkräfte werden so mit weiterer Verantwortung betraut, ohne sie hierauf entsprechend vorzubereiten. Dies geht ebenfalls zu Lasten der Sicherheit der BürgerInnen. Ebenfalls ist zu befürchten, dass ungeklärte Haftungsfragen auftreten. Auch besteht die Gefahr, dass der Feuerwehr-Führerschein dazu genutzt wird, unsinnig

schwere(re) Fahrzeuge zu fordern. Nicht minder absurd erscheint, dass die Regelung nur für ehrenamtliche Kräfte gelten soll. Hinzu kommen Bedenken, da es möglich sein soll den Feuerwehr-Führerschein nach gewisser Zeit (ohne Prüfung!) in einen regulären C-Führerschein zu überschreiben. Zu guter Letzt steht zu befürchten, dass der Feuerwehr-Führerschein als Einstieg für eine erneute Ausweitung/eine Ausweitung auf andere „Branchen“ genutzt wird.

Als sinnvolle Alternative steht der reguläre Erwerb der benötigten Fahrerlaubnis durch die Einsatzkräfte. Dieser ist selbstverständlich durch die zuständige Gebietskörperschaft/Organisation zu finanzieren. Angeblicher Geldmangel ist kein Grund, den Feuerwehr-Führerschein zu befürworten, denn es handelt sich hierbei im Regelfall um Pflichtaufgaben der Gebietskörperschaften; ebenso schient eine Summe von max. 2000€ pro Führerschein nicht unfinanzierbar im Vergleich mit den Beschaffungskosten der Fahrzeuge (rd. 300 000 €).

Die Versäumnisse der Kommunen, rechtzeitig in eine Pflichtaufgabe zu investieren (der Führerschein-Mangel war ab dem Jahr 1980 abzusehen!) dürfen nicht auf dem Rücken der Einsatzkräfte und der BürgerInnen ausgebügelt werden!